

Genügend Krippenplätze: Luzern macht es vor

Von Liliane Minor. Aktualisiert um 09:36 Uhr [3 Kommentare](#)

Alle Zürcher Gemeinden müssen künftig für ein ausreichendes Krippenangebot sorgen. Dabei könnte das innovative Finanzierungssystem der Stadt Luzern Schule machen.

- Gemeinden wie Wädenswil, im Bild die Krippe Lelamela, könnten das Luzerner Modell übernehmen.
- Wer seinen Nachwuchs in der Stadt Luzern in eine Kinderkrippe geben will, hat es gut: Der Markt spielt, es gibt freie Plätze. Das war noch vor zwei, drei Jahren nicht so. Damals ging es Luzerner Eltern nicht anders als vielen anderen. In den fünf subventionierten Krippen gab es lange Wartelisten; und wer einen Platz ergattern konnte, nahm dafür unter Umständen lange Wege in Kauf.

Geld geht an die Eltern

Geändert hat sich das, weil die Stadt Luzern die finanzielle Unterstützung für Krippenkinder völlig umgekrempelt hat. Seit dem 1. April 2009 erhalten nicht mehr die Krippen – die in Luzern Kita, also Kindertagesstätten genannt werden – Subventionen, sondern die Eltern. Der Beitrag richtet sich nach Arbeitspensum und Einkommen, berechtigt sind Eltern mit einem Einkommen bis 100 000 Franken, sobald sie einen Krippenplatz für ihre Kinder garantiert haben. Mindestens 15 Franken pro Tag müssen sie aber auf jeden Fall selbst beisteuern. Entgegen aller Skepsis funktioniert das System gut, es gab bis jetzt keinen einzigen Fall, in dem die Eltern das Geld zweckentfremdeten.

Nach gut einem Jahr ist für Regula Wyrsh, Dienstchefin der Abteilung Kinder, Jugend, Familie, klar: «Das neue Modell ist ein Erfolg.» Schon bevor das System eingeführt war, kam Bewegung in die Kita-Landschaft. Mittlerweile ist die Zahl der Plätze um 45 Prozent auf über 500 gewachsen. Aber nicht nur das. Die Betriebe seien auch professioneller geworden, sagt Wyrsh: «Die Eltern achten auf Qualität. Die Trägerschaften sind gefordert, die Kitas wie richtige KMU zu führen.» Gerade für die subventionierten Krippen, die ihre Kundschaft bislang auswählen und Bedingungen stellen konnten, sei die Umstellung nicht einfach gewesen. Heute müssen die Krippen stärker auf Bedürfnisse der Eltern Rücksicht nehmen.

Gute Wahl für kleine Gemeinden

Das Luzerner Modell ist bislang einzigartig in der Schweiz. Im Kanton Zürich könnte es nun zu einer attraktiven Alternative für viele Gemeinden werden, nachdem sich die Stimmberechtigten vor einer Woche dafür ausgesprochen haben, dass die Gemeinden für genügend Betreuungsplätze sorgen müssen. Das glaubt auch FDP-Kantonsrätin Regine Sauter, eine der «Mütter» des Gesetzes: «Wir haben diese Finanzierungsart bewusst ins Gesetz aufgenommen.» Regula Wyrsh ist überzeugt, dass das Luzerner Modell gerade für kleinere Gemeinden eine gute Wahl wäre: «Es ist sehr einfach einzuführen.» Anders sieht es beispielsweise in der Stadt Zürich aus. Zürich subventioniert die Krippen direkt, und das Angebot deckt die Nachfrage mehr oder weniger. Allerdings ging dem eine lange Aufbauarbeit voraus – so viel Zeit, das steht fest, haben die Gemeinden ohne Angebot nicht.

Zwar ist noch nicht bestimmt, ob das Zürcher Gesetz schon per 1. Januar 2011 oder erst auf 2012 in Kraft gesetzt werden kann; die Übergangsfrist dürfte aber kaum mehr als ein Jahr

betragen, heisst es beim Kanton. Wie sie in dieser relativ kurzen Zeit den Vorgaben nachkommen wollen, wissen die meisten der 51 Gemeinden, die bis jetzt kein Kita-Angebot haben, noch nicht. Man müsse nun erst einmal den Bedarf abklären, sagt der Bâretswiler Gemeindepräsident Hans-Peter Hulliger, der auch Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes ist: «In ländlichen Gemeinden wird das Interesse vermutlich deutlich kleiner sein als in der Agglomeration.»

Klar ist für Hulliger aber bereits heute, dass die Gemeinden kaum ohne Kostenfolgen davonkommen – auch wenn das Gesetz explizit sagt, dass die Gemeinden Krippenplätze finanzieren können, nicht aber müssen. «Wir gehen davon aus, dass wir einen Teil der Plätze subventionieren müssen», sagt Hulliger. Wichtig sei, dass die Gemeinden ihren Beitrag je nach Finanzkraft selbst bestimmen könnten. Für FDP-Kantonsrätin Sauter ist in dem Zusammenhang entscheidend, «dass nicht wieder nur die untersten Einkommensklassen profitieren, sondern auch der Mittelstand.»

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 20.06.2010, 22:51 Uhr